



EICom Forum 2013

Luzern, 25. November 2013

Netzentwicklungsplan und Netzausbau in Deutschland und Europa

*Jochen Homann
Präsident der Bundesnetzagentur*

– Es gilt das gesprochene Wort –

- Die Energiewende in Deutschland ist ein Generationenprojekt. Ziel ist den Stromanteil aus erneuerbaren Energien bis 2020 auf 35% und bis 2050 auf 80% zu erhöhen. Die Entscheidung, das Energieversorgungssystem grundlegend umzubauen, ist nicht revidierbar – und wir betreten industriepolitisches Neuland!
- Die Energiewende wird nicht ohne eine enge Einbindung unserer Nachbarländer gelingen. Zu Beginn der neuen Legislaturperiode in Deutschland werden die Weichen gestellt, die über Erfolg und Misserfolg der Energiewende entscheiden. Im Moment diskutieren die künftigen Koalitionspartner insbesondere über die notwendige Reform des Gesetzes, das die Förderung der Erneuerbaren Energien regelt (EEG).

Ausbau der Erneuerbaren

- Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss vorankommen – und zwar ohne weitere Explosion von Kosten und Preisen und ohne Aufgabe der hohen Versorgungssicherheit. Die Kosten für die Einspeisevergütung belaufen sich 2014

auf 21,5 Mrd. Euro. Eine EEG-Reform dringlich, um die Akzeptanz der Energiewende zu sichern und Ziele der Energiewende zu erreichen. Denkbare Ansatzpunkte für kurzfristige EEG-Änderungen sind:

- Erneuerbaren Energien sollen möglichst auf Marktpreissignale reagieren
 - Zubaumengen an Erneuerbaren Energien sollten gesteuert werden, um die Zielerreichung zu sichern, die Kosten im Griff zu behalten und Planungssicherheit für Netzausbau, konventionelle Kraftwerksinvestitionen und Zubau der Erneuerbaren zu schaffen
 - Ein wachsendes Problem betrifft die sogenannte Eigenerzeugung, die eine Entsolidarisierung bei EEG-Umlage und Netzentgelten zur Folge hat
- Zuletzt wurde immer wieder über die Erreichbarkeit der ambitionierten Ausbauziele der Offshore-Windenergie diskutiert und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Ausbauziele sich nicht so schnell wie gehofft erreichen lassen.
 - Dabei ist zu berücksichtigen, dass kein Land der Erde bisher solche Installationen geplant und auch realisiert hat. Es ist klar, dass Technologie-Pioniere einen Anfangspreis für technologischen Fortschritt bezahlen müssen und dass es am Anfang der Entwicklung zu Verzögerungen kommen kann. Ein Verzicht auf die Offshore-Windenergie ist langfristig aber nicht sinnvoll, weil Offshore-Winderzeugung hat deutlich höhere Volllaststunden als Onshore-Wind oder Photovoltaik, was bei einer zunehmend volatilen erneuerbaren Erzeugungsstruktur zur Stabilität des Netzes wichtig ist-

Netzausbau

- Breite Einigkeit besteht hingegen in einem Punkt: Ohne passende Infrastruktur kann die Energiewende nicht gelingen. Die Stromerzeugung wandert nach

Norden, während die Last bleibt wo sie ist: Deshalb ist der Transport des Stroms notwendig. Das Stromnetz bekommt völlig neue Aufgaben. Bisher wurde der Strom relativ nah an den Stromverbrauchern erzeugt.

- Dass die Netze in einem sich verändernden Erzeugungssystem ausgebaut werden müssen, zeigt sich auch daran, dass immer mehr Eingriffe in den Strommarkt nötig sind (redispatch). Strom- und spannungsbedingte Redispatch-Maßnahmen der Übertragungsnetzbetreiber 2012: 7.168 Stunden, was gegenüber 2011 einer Steigerung um 42,5 Prozent entspricht.
- Das deutsche Stromnetz steht zunehmend unter Stress und die fehlende Infrastruktur und ein schleppender Netzausbau sind derzeit wesentliche Hemmnisse für die Energiewende. Von den 2009 geplanten neuen Leitungen sind aktuell 268 km von erforderlichen 1855 km fertig gestellt. Besonders dringlich ist hier wegen der Ende 2015 geplanten Abschaltung des KKW Grafenrheinfeld in Franken die Fertigstellung der sogenannten Süd-West-Kuppelleitung.
- Um hier deutlich mehr Tempo zu erreichen, wurde 2011 ein ganz neues Verfahren eingeführt und die Weichen für einen beschleunigten Netzausbau gestellt. In dem fünfstufigen Verfahren wird nunmehr auf bundesweiter Ebene ermittelt, in welchem Umfang und an welcher Stelle das Höchstspannungsnetz verstärkt ausgebaut werden muss. Das Gesetz schreibt jetzt weitere 36 Vorhaben fest, darunter drei Hauptverbindungen, die in Gleichstromtechnik große Strommengen von Norden nach Süden transportieren sollen. Gleichzeitig wird die Zuständigkeit für ausgewiesene länder- und grenzüberschreitende Vorhaben bei der Bundesnetzagentur gebündelt. So können Genehmigungsverfahren aus einer Hand gewährleistet werden.
- Die Übertragungsnetzbetreiber haben im Frühjahr ihren zweiten Netzentwicklungsplan veröffentlicht. Dieser enthält die erforderlichen Netzausbau- und Netzverstärkungsmaßnahmen bis 2023. Die Bundesnetzagentur hat den Entwurf geprüft und bis Anfang November 2013 konsultiert. Nach dem derzeitigen

Stand der Prüfung können von 90 vorgeschlagenen Maßnahmen 70 bestätigt werden.

Versorgungssicherheit

- Während die Netze umgebaut werden, muss die Versorgung in jeder Minute des Jahres gesichert sein. Daher werden Stilllegungen konventioneller Kraftwerke genau geprüft und können durch die Bundesnetzagentur untersagt werden, wenn die Systemsicherheit durch eine Stilllegung gefährdet wäre. Der Gesetzgeber hat mit dem sog. „Wintergesetz“ Schritte unternommen, um die Risiken plötzlicher Kraftwerksstilllegungen möglichst zu beherrschen. Das Gesetz – befristet bis Ende 2017 – einen belastbaren Rahmen zur Beschaffung von Reservekraftwerken. Kraftwerksbetreiber müssen zudem Kraftwerksstilllegungen frühzeitig anzeigen und für „systemrelevante“ Kraftwerke besteht ein faktisches Stilllegungsverbot.
- Derzeit besteht kein gesamtdeutsches Kapazitätsproblem, aber ein Netz-Problem südlich der Main-Linie, daher werden zur kurzfristigen Absicherung der Versorgungsqualität Reservekraftwerke kontrahiert, die in kritischen Netz-situationen einspringen können. So erreichen wir, dass die Lage im Stromnetz im Winter zwar zeitweise angespannt, aber insgesamt beherrschbar war. Trotz Energiewende war ein deutscher Haushalt im Jahr 2012 nur 15,91 Minuten ohne Strom – das ist weniger als im Schnitt der fünf Vorjahre und ein Bruchteil des Werts in vielen anderen Staaten.
- Der Bedarf an Reservekraftwerken für den Winter 2013/14 beträgt 2540 MW. Diese sind von den Übertragungsnetzbetreibern vertraglich gesichert. Der Bedarf im Winter 2015/16 steigt auf 4800 MW an, da eine weitere Verschiebung der Erzeugung in den Norden prognostiziert wird und die Abschaltung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld Ende 2015 zu berücksichtigen ist. Zudem gehen die Ausfallszenarien aus Gründen der Vorsicht von einer verzögerten Fertigstellung insbesondere der Süd-West-Kuppelleitung aus. Von 4.800 MW

Netzreservebedarf können bereits jetzt ca. 3.500 MW als verfügbar angenommen werden. Verbleibender Bedarf kann nach unserer Einschätzung gedeckt werden.

Konventionelle Kraftwerke

- Ganz wesentlich ist, dass konventionelle Kraftwerke auch langfristig unverzichtbar sind, wenn zu wenig Energie aus Sonne oder Wind produziert wird. Wir werden einen konventionellen Schattenkraftwerkspark benötigen, der einspringen kann, wenn aus erneuerbaren Energien kein Strom produziert wird.
- Das Dilemma ist: Konventionelle Erzeugung wird benötigt, obwohl sie zunehmend selten zum Einsatz kommen wird, da die erneuerbaren Energien einen weiter wachsenden Anteil an der Stromversorgung übernehmen. Das schafft ein ernstzunehmendes betriebswirtschaftliches Problem für die Kraftwerksbetreiber. Um der Rentabilitätslücke konventioneller Kraftwerke entgegen zu wirken, wird perspektivisch eine grundlegende Veränderung des Marktdesigns im Erzeugungsmarkt notwendig sein.

Bezahlbarkeit der Energiewende

- Schließlich müssen wir die Energiewende so gestalten, dass Energie nicht nur sicher, sondern auch bezahlbar bleibt. Dass die Strompreise steigen werden, ist im Kern akzeptabel. Es war immer klar, dass der komplette Umbau unserer Stromversorgung nicht zum Nulltarif zu haben ist. Aber dies verpflichtet uns umso mehr dazu, vermeidbare Kostensteigerungen auch tatsächlich zu vermeiden.
- Die Bundesnetzagentur tut dies konsequent im Bereich der Netzentgelte, die etwa ein Viertel des Strompreises ausmachen. Allerdings ändert dies nichts daran, dass der notwendige Netzausbau finanziert werden muss mit der Folge, dass die Netzentgelte nach Jahren des Rückgangs künftig wieder nach oben gehen werden.

- Die Kosten drohen vor allem an anderen Stellen zunehmend aus dem Ruder zu laufen. Wir brauchen ein deutlich stärkeres Kostenbewusstsein bei der Förderung der Erneuerbaren Energien und bei der Energiewende insgesamt. Bei einer Förderung mit einem festgelegten Preis lassen sich Menge und damit auch die Kosten nicht wirksam kontrollieren. Die Reform des Erneuerbare Energien-Gesetzes muss für die kommende Bundesregierung ganz oben auf der Agenda stehen.
- Der Energiewende ist eine der größten Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland – wenn wir sie aber richtig anpacken, ist damit auch eine große Chance verbunden. Deutschland darf diese Chance nicht verspielen und soll ein energiepolitisches Innovationsland bleiben. Allein dass wir aus dem Ausland beobachtet werden, verpflichtet zum Erfolg.